

Handelskonflikt: Selbstversorgung stärken

Verbände veröffentlichen Ölpflanzen-Strategie.

Berlin, 15. April 2025. Angesichts des globalen Zollstreits fordern OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland und die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) mehr Besonnenheit. Gleichzeitig plädieren beide Verbände für eine Stärkung des heimischen Ölsaaten-Anbaus und des EU-Binnenmarktes und veröffentlichen dazu eine gemeinsame "Ölpflanzen-Strategie".

Zollstreit gefährdet Versorgung und Wertschöpfung

Mit rund drei Millionen Tonnen wird etwa die Hälfte der in die EU importierten US-Sojabohnen in Deutschland verarbeitet. "Zölle haben massive wirtschaftliche Auswirkungen auf unsere Branche, denn die Märkte reagieren sofort und die Lieferketten sind ohnehin bereits angespannt", so OVID-Präsidentin Jaana Kleinschmit von Lengefeld.

Trotz eines aktuellen Moratoriums drohen ab 1. Dezember 2025 25 Prozent EU-Zoll auf importierte Sojabohnen aus den USA. Der Zollkonflikt zwischen den USA und Kanada führte bereits zu einem Preisdruck auf deutsche Rapssaaten. Steigende Zölle auf Düngemittel und Mais verdeutlichen, wie Handelsstreitigkeiten die Landwirtschaft und den internationalen Agrarhandel destabilisieren. Erschwerend hinzu kommen EU-Gesetze zu Lieferketten und Berichtspflichten, die den EU-Markt zunehmend unattraktiv machen.

Selbstversorgung stärken

Mit der „10+10“-Strategie setzt sich die UFOP für einen wachsenden Anbau von blühenden Ölpflanzen und Körnerleguminosen ein. Das stärkt die Resilienz der Landwirtschaft, steigert die Selbstversorgung mit Proteinen, erweitert die Fruchtfolgen und verbessert die Bodenfruchtbarkeit. "Zusätzlich fordern wir ein klares politisches Bekenntnis zu Biokraftstoffen aus Anbaubiomasse. Diese spielen eine wichtige Rolle beim Klimaschutz im Verkehr und sichern gleichzeitig die Versorgung mit Pflanzenölen", so der UFOP-Vorsitzende Torsten Krawczyk.

Handel aufrechterhalten

2023 betrug die deutsche Selbstversorgung mit proteinreichen Futtermitteln 36 Prozent. Selbst bei stärkerer Fokussierung auf die heimische Erzeugung von Ölsaaten wird Deutschland auch zukünftig auf Agrarimporte angewiesen sein. "Wir brauchen daher für die Versorgung und die Verarbeitung am Standort Deutschland Ölsaaten aus der ganzen Welt. Das erfordert neben einer innovativen Optimierung des Anbaus von Ölsaaten auch den Abschluss von Freihandelsabkommen und den mutigen Abbau von Bürokratie", so Kleinschmit von Lengefeld abschließend.

UFOP und OVID sehen im vorliegenden Koalitionsvertrag vielversprechende Ansätze. Diese muss die neue Bundesregierung mutig umsetzen.

Pressekontakt OVID

Maik Heunsch
Am Weidendamm 1#A, 10117 Berlin
Tel: [030 / 72 62 59 - 57](tel:03072625957)
presse@ovid-verband.de

Pressekontakt UFOP

Stephan Arens
Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin
Tel. [030 235 9799-10](tel:030235979910)
s.aren@ufop.de